

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 9 99 848 ppbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Christa Randzio-Plath MdEP  
zur Krise im Europäischen  
Währungssystem: Das Aus für  
Maastricht?

Seite 1

Rudi Wetzer MdB zum  
"Goldenen Blatt" des Ministe-  
rialdirigenten Gibowski: Eine  
überflüssige Postille.

Seite 3

### Dokumentation

Die Aktion "Atomteststopp" hat  
zum Jahrestag des amerikani-  
schen Atombomben-Abwurfs  
vom 6. August 1945 eine Er-  
klärung erarbeitet: Hiroshima  
mahnt! Wortlaut

Seite 4

48. Jahrgang / 148

6. August 1993

### Das Aus für Maastricht?

Zur Krise im Europäischen Währungssystem

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Vorsitzende des Unterausschusses Währung des Europäischen  
Parlaments

Die Minister und Zentralbankpräsidenten der EG-Mitgliedstaaten haben in den frühen Morgenstunden des 2. August 1993 kurz vor der Öffnung der Devisenmärkte in Fernost beschlossen, die Bandbreiten der noch am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems teilnehmenden Währungen vorübergehend auf +/- 15 Prozent auszudehnen. Lediglich die D-Mark und der Gulden werden gegeneinander um höchstens +/- 2,5 Prozent schwanken; das heißt die normale Bandbreite. Sie betrachten die Leitkurse im EWS zwar als völlig angemessen und sind auch zuversichtlich, daß sich die Marktkurse der Leitkursen bald wieder annähern werden. Die Entscheidung war notwendig geworden, um außergewöhnlichem Druck auf den französischen Franc, die spanische Peseta, den portugiesischen Escudo und die dänische Krone zu begegnen.

Die Ausdehnung der Schwankungsbreiten in dieser Größenordnung kommt einem Floating der Währungen sehr nahe. Zwar sind die Mechanismen des EWS, insbesondere Leitkurse, Kredit- und Interventionsmechanismus grundsätzlich erhalten geblieben. Je länger diese Übergangsregelung andauert, desto eher besteht die Gefahr, daß der Tod des EWS endgültig eintritt. Damit wäre fast sicher, daß eine Europäische Währungsunion auf unbestimmte Zeit verschoben werden muß.

Vor dieser nicht leichten Entscheidung standen einige Optionen zur Auswahl. Eine traditionelle Reaktion wäre die einfache Abwertung der vom Spekulationsdruck betroffenen Währungen gewesen. Ein gleicher Effekt hätte sich durch die Aufwertung der stabilen Währungen (Gulden und D-Mark) ergeben. Gegen Auf- oder Abwertungen sprach im vorliegenden Fall zunächst, daß die Leitkurse für ökonomisch gerechtfertigt gehalten werden. Ihre Korrektur war daher unerwünscht. Nachteilig ist an einer Abwertung auch, daß, wie das Beispiel insbesondere der Peseta zeigt, die abgewerteten Währungen sehr rasch unter Druck an der neuen unteren Marge geraten können.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendete Papiere  
mit wertvollen Rücklagen  
Recycling-Papier



Der Abwertungseffekt hätte sich wahrscheinlich auch ergeben, wenn man entweder die D-Mark (u.U. im Paket mit dem Gulden) gegenüber den anderen Währungen hätte floaten lassen oder im Extremfall alle Währungen gegeneinander. Damit wäre aber das EWS aufgegeben worden. Scheldet ein allgemeines Floaten daher schon aus politischen Gründen aus, spricht der Grundsatz der Angemessenheit der Leitkurse auch gegen ein Floaten nur der D-Mark.

Eine sehr drastische Möglichkeit, spekulativ Zu- und Abflüsse zwischen den Währungen des verbleibenden Wechselkursmechanismus zu beseitigen (unter spekulativen Bewegungen sollen hier auch solche verstanden werden, die nur auf Kurssicherung zielen) wäre das de facto-Vorziehen der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion in einem kleineren Kreis von Mitgliedstaaten gewesen. Da dieser kleinen "WWU" vor allem auch Deutschland und Frankreich angehört hätten, wären wesentliche Volumina an Spekulationsmasse entfallen. Diese Kern-WWU hätte als ruhender Pol und Anker für die restlichen Währungen im Europäischen Währungssystem dienen können. Für die Schaffung einer solchen "kleinen WWU" fehlen alle institutionellen Voraussetzungen. Ist schon nicht sicher, daß wirklich alle an der Kern-WWU beteiligten Zentralbanken auch wirklich unabhängig wären, so ist auch die Frage völlig ungelöst, wie die Geldpolitik für die WWU festgelegt würde.

Insgesamt ist die gefundene Lösung ein Kompromiß, der einige Vorteile aufweist. Die Regeln des Wechselkursmechanismus des EWS wurden formell nicht aufgegeben. Wenn eine Währung die Grenze seiner neuen, allerdings sehr breiten Bandbreite erreicht, müssen die beteiligten Zentralbanken prinzipiell versuchen, sie innerhalb der Bandbreite zu halten. Es müßten theoretisch zunächst zinspolitische Maßnahmen ergriffen werden und gegebenenfalls müßte an den Devisenmärkten interveniert werden. Ein Floaten aller Währungen wäre dem Eingeständnis gleichgekommen, daß das EWS aufgegeben wurde.

#### Anspruchsvolle Maastrichter Kriterien

Die Frage ist, ob ein Zeitpunkt absehbar ist, zu dem eine größtmögliche Anzahl von Ländern wieder am Wechselkursmechanismus mit einer Bandbreite von +/- 2,5 Prozent teilnehmen wird. Dies ist nicht zuletzt deswegen bedeutsam, weil der Artikel 109j Absatz 1 des Maastricht-Vertrages ausdrücklich eine zweijährige, spannungsfreie Teilnahme an dieser normalen Bandbreite des EWS als Eintrittsvoraussetzung in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion nennt. Der Maastricht-Vertrag führt weiter aus, daß die erste Entscheidung, ob die dritte Stufe beginnen soll, spätestens vor dem 1. Januar 1997 fällt. Also könnten alle Währungen, die im zweiten Halbjahr 1994 wieder zur engen Bandbreite zurückkehren, dieses Konvergenzkriterium bis zum zweiten Halbjahr 1996 erfüllt haben. Ist dieser Termin vielleicht vielleicht etwas knapp, so läßt der endgültige Termin für den Übergang in die dritte Stufe der 1. Januar 1999, den Mitgliedstaaten etwas mehr Zeit, die Voraussetzungen für die Erfüllung der Eintrittskriterien zu schaffen. Das späteste Eintrittsdatum in das enge EWS-Band wäre dann das zweite Halbjahr 1996.

Voraussetzung für den Eintritt in die dritte Stufe ist die Erfüllung auch der anderen berichtigten Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages. Es zeigt sich jetzt, daß sich diese als weich geschalteten Kriterien in Wirklichkeit als sehr anspruchsvoll erweisen.

Die Frage, wie sich die Wechselkurse der europäischen Währungen entwickeln werden, ist nicht eindeutig zu beantworten. Die Antwort hängt entscheidend von den Ermessensentscheidungen der geldpolitisch Verantwortlichen in den einzelnen Ländern ab. Nützt zum Beispiel Frankreich den jetzt gegebenen größeren Spielraum zu Zinssenkungen aus, während die Bundesbank auf einem restriktiveren Kurs verharret, so wie es den Inflationsdifferenzen entspräche, bestünde die Gefahr, daß der Franc innerhalb seiner neuen, weiteren Bandbreite abgleitet. Theoretisch wäre auch ein Erreichen der neuen unteren Marge nicht ausgeschlossen. Orientiert sich dagegen das französische

Finanzministerium nach wie vor an dem Wechselkurs Franc/D-Mark und richtet danach auch seine Zinspolitik aus, könnte sich der Franc durchaus innerhalb der bisherigen Bandbreite von +/- 2,5 Prozent gegenüber der D-Mark halten und sich sogar erholen. Die französische Regierung hat hier die Chance, Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Wenn die Regierungen ihren Zinssenkungsspielraum ausnützen, ist eine Wiederherstellung der engen Bandbreite zum Jahreswechsel, wie im offiziellen Communiqué angedeutet, wenig wahrscheinlich. Es wird Aufgabe der belgischen Präsidentschaft sein, auf einer Sondersitzung des Europäischen Rates die Rückkehr zu engeren Bandbreiten beschließen zu lassen. Die Mitgliedstaaten bleiben aufgefordert, ihren wirtschaftspolitischen Beitrag zu leisten. Dies gilt insbesondere für die Bundesregierung, die durch ihre unsolide Wirtschaftspolitik eine Zinssenkung der Bundesbank verhindert hat. Ein niedriges Zinsniveau ist aber zur Überwindung der gegenwärtigen Konjunkturschwäche erforderlich. Dann müßte abgewartet werden, bis sich die wirtschaftliche Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten wesentlich erhöht hat, insbesondere hinsichtlich der Inflationsraten und des Konjunkturzyklus.

(-/6. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Eine überflüssige Postille**

**Zum "Goldenen Blatt" des Ministerialdirektoren Gibowski**

**Von Rudi Walther MdB**

**Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages**

Die Bundesregierung, das heißt ihr Sprachrohr, das Presse- und Informationsamt beziehungsweise dessen eigentlicher Amtschef, Ministerialdirektor Gibowski - ein Kanzlerintimus - hält es in einer Zeit, in der der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister zum "eisernen" Sparen auffordern, für nötig, eine als "Informationen aus der Politik" getarnte vermeintliche Erfolgsbilanz der Bundesregierung in einer jährlichen Auflage von sechs Millionen Heften und Kosten von 3,2 Millionen DM pro Jahr unter das Volk zu bringen.

Dieser Vorgang kann nur als unglaublich bezeichnet werden, wenn man sich vor Augen hält, daß im vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 1994 von der gleichen exorbitanten Neuverschuldung des Bundes wie in diesem Jahr die Rede ist. Angesichts der gleichwohl vorgesehenen Sparmaßnahmen, die allerdings vornehmlich zu Lasten der "kleinen Leute" gehen werden, kann dieser Vorgang schlechthin nur als Skandal bezeichnet werden.

Soweit sich die Bundesregierung darauf beruft, daß die bisherigen Publikationen "Politik" und "Arbeitnehmer-Brief" eingestellt worden seien, ist anzumerken, daß auch diese bekanntermaßen nur wenig Resonanz gefunden haben. Auch von daher halte ich das "Journal für Deutschland" - niveaumäßig am "Goldenen Blatt" orientiert und mit einem Informationsgehalt gleich Null - für eine äußerst überflüssige Postille.

#### **Verteilung im Super-Wahljahr rechtmäßig?**

Ferner muß berücksichtigt werden, daß angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ohnehin fraglich erscheint, ob im Super-Wahljahr 1994 dieses Magazin überhaupt verteilt werden darf. Soweit vorgesehen ist, es auch im Bereich der Bundesbahn auszulegen, muß schon jetzt

Wert darauf gelegt werden, daß es nicht in vielfachen Exemplaren auf diesem Wege doch nach Hamburg gelangt; dort wird bereits am 19. September gewährt.

Schließlich würde sich kein anderes Bundesministerium leisten, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit eine solche Broschüre herzustellen und der Öffentlichkeit vorzustellen, ohne nicht bereits im Vorfeld die zuständigen Berichtersteller im Haushaltsausschuß in den Entscheidungsprozeß eingebunden zu haben.

#### Kein Gespür für die tatsächlichen Nöte

Der Bundesregierung und Ihrem Sprachrohr ist offensichtlich das Gespür für die tatsächlichen Sorgen und Nöte der Bevölkerung abhanden gekommen - anders läßt sich diese neueste Publikation des Presse- und Informationsamtes nicht erklären. Und - wie schlecht muß es um die Politik der Bundesregierung bestellt sein, wenn die Berichterstattung in den Medien als nicht mehr ausreichend erachtet wird und daher offenbar schöngefärbt werden muß.

(-/6. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### Hiroshima mahnt!

Die Aktion "Atomteststopp", die auch von der sozialdemokratischen Initiative für Frieden, Sicherheit und internationalen Ausgleich (IFIAS) mitgetragen wird, hat eine Erklärung zum Jahrestag der Bombardierung von Hiroshima am 6. August 1945 erarbeitet, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Am 5. August jährt sich zum 30. Mal der Vertrag über ein Verbot von Überirdischen Atomexplosionen. Vor 30 Jahren verpflichteten sich die Atommächte USA, UdSSR und Großbritannien "zum frühestmöglichen Zeitpunkt" ein vollständiges Verbot auch der unterirdischen Atomexplosionen zu Versuchszwecken zu verwirklichen.

Frankreich, Rußland und die USA haben die 1992 beschlossene Unterbrechung ihrer Atomtests bis 1994 verlängert. Jetzt muß alles getan werden, damit die Verhandlungen über ein vollständiges Atomtestverbot endlich beginnen.

Wir rufen die Atommächte auf, einen Vertrag über die Beendigung aller Atomtests nicht länger hinauszuzögern. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen sofortigen Verhandlungsbeginn einzusetzen. Nur so kann erreicht werden, daß Schritte aus der atomaren Gefahr getan werden und die Weiterverbreitung von Atomwaffen gestoppt wird.

(-/6. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*